

## **„Menschen wirklich willkommen heißen“ –**

### **Positionierung des Landesjugendrings NRW zur aktuellen Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen**

Rund 60 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht (Stand 18. Juni 2015). Das ist die höchste Zahl, die der UNHCR jemals gemeldet hat. Und bereits jetzt ist sicher, dass die Zahlen weiter steigen werden.

In dem Maß, wie Menschen sich derzeit auf den Weg machen um ihre Heimat zu verlassen, müssen wir von „modernen Völkerwanderungen“ sprechen, um die Dimensionen dessen, was derzeit geschieht, zu verstehen. Millionen Menschen machen sich auf den Weg, weil sie in ihrer Heimat keine Sicherheit, Zukunft und Lebensgrundlage mehr finden. Die Ursachen sind vielfältig, aber lassen sich immer wieder auf die gleichen Zusammenhänge reduzieren. Wirtschaftliche Ausbeutung, Unterdrückung, Kriege, z.B. auf dem Balkan, im Irak und Afghanistan, die zerstörte staatliche Strukturen und Machtvakuen hinterlassen, sowie fehlende Teilhabe. Wir stehen heute nicht am Beginn dieser Entwicklung, sondern heute bewahrheiten sich Prognosen, die schon vor über 25 Jahren mahnend aus der Wissenschaft gemacht worden sind.

#### **Grundhaltung**

Als Reaktion auf die NS-Verbrechen wurde 1948 die allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet. Ihre Entwicklung war der Gründungsauftrag der Vereinten Nationen. Bis heute ist sie die Grundlage unseres Wertesystems und eine moralische Errungenschaft der Geschichte der Menschheit. Als Vertreter/innen von Kindern und Jugendlichen stellen wir im Zusammenhang mit jungen Geflüchteten die UN-Kinderrechtskonvention ins Zentrum des (politischen) Handelns.

## **Flüchtlingspolitik in Nordrhein-Westfalen**

Wir, die Jugendverbände im Landesjugendring NRW, nehmen mit Blick auf Nordrhein-Westfalen wahr, dass es eine grundsätzliche Bemühung gibt, sich den Menschen, die auf ihrer Flucht zu uns kommen, anzunehmen. Dabei kann es nicht nur um eine Willkommenskultur gehen. Aus der Willkommenskultur muss vielmehr eine Kultur der Integration entstehen. Gesetzliche Hindernisse, die einer Integration im Weg stehen, müssen beseitigt werden und die benötigten finanziellen Mittel durch die Bundesregierung bereitgestellt werden.

Angesichts der weiter steigenden Zahl der Menschen, die auf ihrer Flucht nach Nordrhein-Westfalen kommen, sowie des nahenden Winters sind wir in der Pflicht, unsere Forderungen an die Landesregierung und die Kommunalparlamente noch einmal deutlich zu formulieren.

### **Forderungen:**

- Wir fordern, die bisherigen Klassifizierungen für vermeintlich sichere Drittländer erneut zu prüfen. Insbesondere für die Wintermonate fordern wir einen Abschiebe-Stopp in die Länder des Balkans.
- Flüchtlingsunterkünfte müssen den familiären Zusammenhalt gewährleisten, sie müssen Rückzugsmöglichkeiten bieten sowie sozialpädagogische und psychologische Betreuung gewährleisten. Zudem ist es eine staatliche Aufgabe, die Unterkünfte vor rassistischen Übergriffen zu schützen. Eine Privatisierung dieser staatlichen Aufgabe lehnen wir ab.
- Die nordrhein-westfälischen Jugendämter müssen ihrer Wächterfunktion über das Kindeswohl, auch in den Unterkünften für Geflüchtete und im besonderen Maße bei Abschiebungen, nachkommen.
- In Bezug auf alle Entscheidungen, die Minderjährige betreffen, muss das Kindeswohl sowie die UN-Kinderrechtskonvention ausschlaggebend sein.
- Für unbegleitete minderjährige Geflüchtete fordern wir bei allen Entscheidungen den unbedingten Vorrang der UN-Kinderrechtskonvention und die Einhaltung des Kindeswohles. Sollte es zur Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten kommen, so muss den kommunalen Behörden unbegrenzte Zeit zur Verfügung stehen, die Interessen und Bedürfnisse der jungen Menschen aufzunehmen und im weiteren Verfahren mit Priorität zu behandeln.
- Geflüchteten Kindern und Jugendlichen muss im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention und der in Deutschland allgemein geltenden

Vollzeitschulpflicht der Besuch von Schulen bzw. Ausbildungseinrichtungen sichergestellt werden. Zudem muss gewährleistet werden, dass auch junge Volljährige, die nicht mehr der allgemeinen Vollzeitschulpflicht unterliegen, das Recht auf Schulbesuch, mindestens bis zum 25. Lebensjahr, erhalten. Es müssen flächendeckend internationale Förderklassen in allen Schulformen eingeführt werden.

- Ausländische Bildungsabschlüsse müssen schneller als bisher in Deutschland anerkannt werden. Deshalb fordern wir, dass die Instrumente zur frühzeitigen Kompetenzfeststellung weiterentwickelt werden. Insbesondere bei Anerkennungsverfahren nach dem Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene Qualifikationen (BQFG) fordern wir eine Kostenübernahme durch den zuständigen Leistungsträger (z.B. Sozialbehörde oder Jobcenter).
- Wir fordern – unabhängig vom Aufenthaltsstatus – die Möglichkeit für Flüchtlinge, eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen bzw. erfolgreich abschließen zu können. Erhält ein Flüchtling einen Studien- oder Ausbildungsplatz, soll ihm/ihr ein Bleiberecht für die gesamte Ausbildungszeit sowie nach erfolgreichem Abschluss ein dauerhaftes Bleiberecht bundesweit zugesichert werden. In diesem Zusammenhang müssen für Flüchtlinge auch Ausbildungswechsel möglich sein. Ausbildungsabbrüche dürfen nicht automatisch zur Abschiebung führen. Ebenfalls fordern wir einen gleichberechtigten Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen Fördermöglichkeiten: die Teilnahme an ausbildungsbegleitenden Hilfen oder der Assistierten Ausbildung muss für Flüchtlinge ebenso möglich sein wie die Inanspruchnahme von Berufsausbildungsbeihilfen und Leistungen gemäß des BaföGs ab dem 3. Monat.
- Wir fordern die Verbesserung der ausländer- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen, die die Arbeitsmarktintegration erschweren, insbesondere: die Aufhebung der Wohnsitzauflage, die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Einbeziehung des Personenkreises in das SGB II sowie die Abschaffung des generellen Arbeitsverbotes (§ 33 BeschVO) für Geduldete.
- Um das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe zu stärken, fordern wir vereinfachte Möglichkeiten für Angestellte des Öffentlichen Dienstes und Beamte, eine Dienstbefreiung zu erhalten, wenn sie aktiv sein wollen. Wir begrüßen es zudem ausdrücklich, wenn Unternehmen das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeitenden unterstützen.

- Für geflüchtete Frauen und Mädchen müssen spezielle Angebote zur Verfügung stehen. Frauen sind aufgrund ihres Geschlechts oft von besonderen Fluchtgründen und besonderen Gefahren auf der Flucht betroffen. Diesen muss gesonderte Beachtung zukommen.
- Wir fordern die Beschlagnehmung von ungenutzten Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen durch die örtlichen Ordnungsbehörden, um Obdachlosigkeit zu vermeiden.
- Wir fordern für Erstaufnahmeeinrichtungen eine maximale Aufenthaltsdauer von drei Monaten. Wo immer möglich soll die Unterbringung in Sammelunterkünften vermieden werden. Die Erstaufnahmestandorte sollen nicht mehr, wie derzeit, zentral liegen und somit mehrere hundert Geflüchtete gleichzeitig beherbergen. Stattdessen soll auf dezentralisierte Erstaufnahmestandorte umstrukturiert werden. Die Zahl der Erstaufnahmeeinrichtungen muss deutlich erhöht werden und sie müssen auch ausreichende Kapazitätsreserven haben. Es ist für Kommunen und Geflüchtete untragbar, dass immer wieder völlig unvorbereitet innerhalb von wenigen Stunden Notlager errichtet werden müssen. Bei der Einrichtung neuer Unterkünfte muss auf transparentes und bürgernahes Behördenvorgehen gesetzt werden. Gleichzeitig muss die private Wohnraumunterbringung Priorität vor der Unterbringung in Sammelunterkünften haben. Geflüchtete, deren Aufenthaltsstatus positiv geklärt ist, sollen so früh und so oft wie möglich in privaten Wohnraum umziehen. Dafür braucht es umfangreiche Unterstützungsangebote bei der Wohnungssuche. Mittelfristig müssen Geflüchtete darüber hinaus in die kommunale soziale Wohnraumplanung einbezogen werden.
- Das zweigliedrige System der Aufnahme durch die unteren Aufnahmebehörden muss verkürzt werden. Geflüchtete müssen von der Erstaufnahme direkt in die kommunale Unterbringung überführt werden.
- Wir fordern die Abschaffung des Flughafenverfahrens. Jede/r Geflüchtete muss die Möglichkeit haben, anzukommen und sich in Ruhe auf die Asylbeantragung vorzubereiten.
- Wir fordern die Abschaffung der Abschiebehaft.